

Leichter Anstieg rechter Gewalt in Brandenburg

Mehr Angriffe auf politische Gegner:innen

Ein rechtes Tötungsdelikt mit vier Todesopfern in Königs Wusterhausen – Vermehrte Angriffe im Kontext der Corona-Protteste – Rassismus weiter Hauptmotiv: Alle 3,5 Tage ein rassistischer Angriff in Brandenburg – Zunahme rechter Gewalt in den Landkreisen LDS, TF und OSL

2021 verzeichnete die Opferperspektive **150** rechte Gewalttaten in Brandenburg, 13 mehr als 2020¹. Der Rückgang rechter Gewalt, der seit dem Höhepunkt der rassistischen Gewaltwelle 2016 zu beobachten war, setzte sich damit nicht mehr fort. Der Anteil rassistischer Gewalttaten sank auf **65,3 Prozent** (2020: 76,6%). Trotz dieses Rückganges bleibt Rassismus das Hauptmotiv bei den registrierten Taten. Ausschlaggebend für den erneuten Anstieg der Gewaltstraftaten dürfte die rechte Mobilisierung im Zusammenhang mit den 2021 intensivierten Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen sein. Im Zusammenhang mit diesen Protesten ist auch ein neues Phänomen rechter Gewalt zu beobachten. Bewertete die Opferperspektive 2020 noch vier derartige Taten als politisch motiviert, waren es 2021 **12**. Zu diesen gehört auch die Tötung von **4** Personen durch einen Angehörigen in Senzig am 4. Dezember 2021, die von der Polizei als antisemitische, politisch rechts motivierte Tat gewertet wird. Regionale Schwerpunkte des Angriffsgeschehens waren neben Potsdam und Cottbus die Landkreise LDS, TF und OSL.

Rechte Angriffe: **Verlauf 2002-2021**

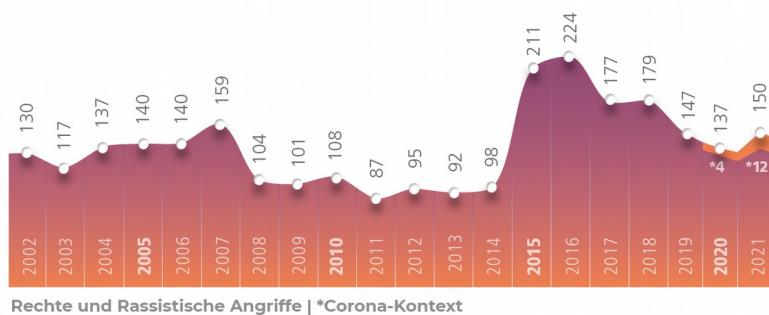


Abb. 1: Rechte Gewalttaten seit 2002.

¹ Die Zahlen für 2020 beinhalten auch die im Laufe des Jahres 2021 eingegangenen Nachmeldungen.

Tatbestände

Hinsichtlich der begangenen Delikte ließen sich 2021 keine großen Verschiebungen im Vergleich zum Vorjahr feststellen. So wurden **61 Körperverletzungen** registriert (2020: 53), **46 gefährliche Körperverletzungen** (2020: 48), **keine schwere Körperverletzung/versuchte Tötung** (2021: 3), **27 Nötigungen oder Bedrohungen** (2020: 21) und **7 Sachbeschädigungen** (2020: 4). Registrierte die Opferperspektive 2020 eine politisch rechts motivierte **Brandstiftung**, waren es 2021 **5**. Während Körperverletzungen häufig im Rahmen eines Vorsatzes bei Gelegenheit begangen werden, handelt es sich bei Brandstiftungen zumeist um geplante und vorbereitete Taten.

Besonders erschreckend ist der Umstand, dass im Jahr 2021 **1** rechtes **Tötungsdelikt** registriert werden musste. Mit **4** Opfern handelt es sich um das politisch motivierte Tötungsdelikt mit der höchsten Opferzahl in der Geschichte des Landes Brandenburg.

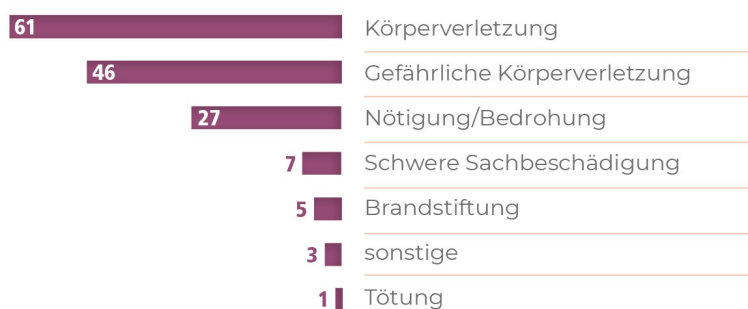


Abb. 2.: Rechte Angriffe 2021 nach Tatbeständen.

Tatmotivationen

Im Verhältnis zur rassistischen Gewaltwelle ab 2015 sinkt inzwischen der Anteil rassistischer Angriffe im Land Brandenburg. Im Jahr 2021 waren **65,3 Prozent** der Gewalttaten rassistisch motiviert (2020: 76,6%), also **98** Angriffe (2020: 105). Die Zahl der Angriffe auf politische Gegner:innen stieg hingegen auf **23** (2020: 9). Diese machen damit **15,3 Prozent** der Angriffe aus (2020: 6,6%). Mit der Gewalt, die auf die Protestbewegung gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID19-Pandemie zurückzuführen ist, existiert ein neues Teilfeld rechter Gewalt. In diesem registrierte die Opferperspektive **12** Gewalttaten (2020: 4). Weiterhin gelangten der Opferperspektive 2021 **3** Straftaten zur Kenntnis, die sich gegen LGBTIQ* Personen richteten (2020: 3), **2** gegen

Nichtrechte oder Alternative (2020: 6), **2** gegen politische Verantwortungsträger:innen (2020: 1), **2** sozialdarwinistisch motivierte Taten (2020: 4), **1** antisemitisch motivierte Tat (2020: 4), **1** Angriff auf Journalist:innen (2020: 0) und unter den **4** sonstigen Angriffen **1** vigilantistisch motivierte Straftat (2020: 0).

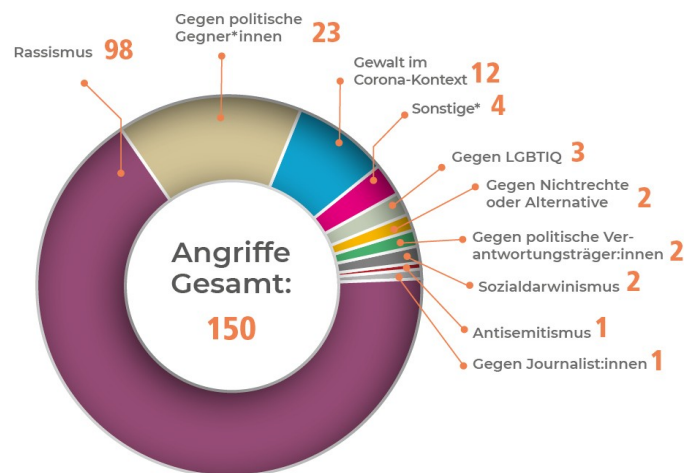


Abb. 3: Motive der Angriffe im Jahr 2021. Etwa 65% sind rassistisch motiviert, 15% richten sich gegen politische Gegner:innen.

Die von 2020 zu 2021 zu beobachtenden Verschiebungen in den Tatmotivationen dürften auf thematische Veränderungen in der rechten Mobilisierung zurückzuführen sein und auf Versuche einer Reorganisation der militanten rechten Szene im Land Brandenburg. Gleichzeitig hat sich mit dem Thema Corona ein neues rechtes Mobilisierungsfeld aufgetan, in dem auch eine gewaltbereite Radikalisierung stattfindet. Politische Gegner:innen rückten damit mehr in den Fokus der Angriffe.

Rassistische Gewalt

Rassistische Gewalttaten stellen weiterhin den größten Anteil an rechten Angriffen im Land Brandenburg dar. Dabei reicht die Spanne der Straftaten von der spontan begangenen Körperverletzung durch einzelne Täter:innen bis hin zu geplanten Überfällen durch Gruppen von Angreifenden. Die meisten Taten werden dabei im Rahmen eines „Vorsatzes bei Gelegenheit“ an Orten begangen, an denen sich Täter:innen und Betroffene zufällig begegnen. Öffentliche

Räume wie Straßen und Plätze, Bahnhöfe, öffentliche Verkehrsmittel, Supermärkte und Schulen sind wichtige Tatorte.

Die dort begangenen Taten können durchaus sehr gefährlich sein. In vier von sechs registrierten Angriffen, in denen die Täter:innen ein KFZ als Waffe missbrauchten, war die Tatmotivation Rassismus. Darüber hinaus wurden zahlreiche Angriffe mit gefährlichen Werkzeugen registriert (u.a. Glasflaschen, Steine). Die Opferperspektive erlangte Kenntnis von einem besonders schwerwiegenden Angriff am 1. Oktober 2021 in Müncheberg (Märkisch-Oderland):

Nahe eines Supermarktes versucht ein Täter aus rassistischen Motiven einen anderen Mann mit einer über den Kopf erhobenen Axt anzugreifen. Der Betroffene kann den Angriff zunächst abwehren und wird in der Folge leicht verletzt.

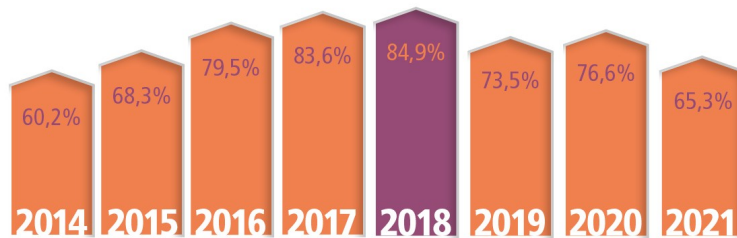


Abb. 4: Rassistische Gewalt im Land Brandenburg seit 2014 in prozentualen Zahlen – Der Höhepunkt rassistischer Gewalttaten war im Jahr 2018.



Abb. 5: Rassistische Gewalt im Land Brandenburg seit 2014 in absoluten Zahlen.

Als Betroffene von rassistischer Gewalt registrierte die Opferperspektive ausländische Studierende, Schwarze Deutsche und andere als Migrant:innen gelesene, in erster Linie aber Geflüchtete, die in den letzten Jahren nach Brandenburg gekommen sind. Häufig leben Geflüchtete in Verhältnissen, die eine Verarbeitung der erlebten Gewalt erschweren oder gar verunmöglichen. Insbesondere stellt die Unterbringung in Heimen, mit ihrer fehlenden Privatsphäre, einen zusätzlichen Stressfaktor für Betroffene dar und muss kritisch betrachtet werden. Zudem ist für diese Betroffenenengruppe der Zugang zu psychotherapeutischen Hilfen oft versperrt. Ein weit verbreiteter Alltagsrassismus führt zu starker gesellschaftlicher Isolation von Betroffenen.

Tatbetroffene

Von den Angriffen direkt betroffen waren im vergangenen Jahr **202** Personen (2020: 196). Die Zahl der mitangegriffenen Personen sank signifikant auf **13** (2020: 63). Diese Abnahme lässt sich darauf zurückführen, dass es 2020 einen Angriff auf eine Personengruppe gab, bei dem eine große Anzahl Jugendlicher als Mitangegriffene gewertet wurden. Zudem hat sich die Zahl rassistischer Angriffe auf Familien im Verhältnis zum Vorjahr leicht reduziert. Von den direkt und indirekt Betroffenen waren **125** Personen männlich (2020: 154), **64** weiblich (2020: 68), **1** trans* weiblich (2020: 0) und in **25** Fällen ist das Geschlecht unbekannt (2020: 35). **146** Betroffene waren im Erwachsenenalter (2020: 157), **38** jugendlich (2020: 72) und **18** Kinder (2020: 27), bei **13** Betroffenen war das Alter unbekannt.

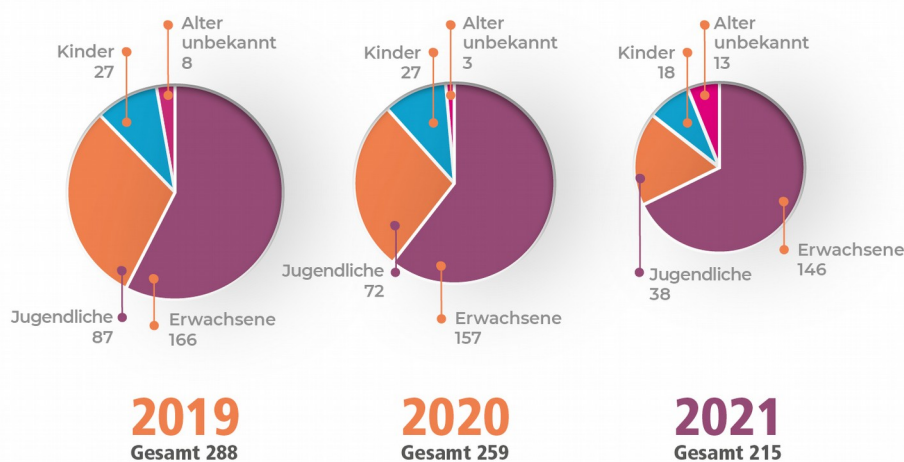


Abb. 6: Betroffenenengruppen nach Alter im Vergleich zu den Vorjahren.

Gewalt im Kontext der Proteste gegen die Pandemieschutzmaßnahmen

Das vergangene Jahr stellte die Opferperspektive vor eine große Herausforderung. Schon 2020 wurden im Rahmen des Monitorings Gewalttaten festgestellt, die einen Bezug zu den politischen Auseinandersetzungen um die Infektionsschutzmaßnahmen hatten. 2021 wurde zunehmend klar, dass es sich hierbei um ein neues Phänomen politischer Gewalt handelt. Angriffe richteten sich zumeist gegen Impf- und Testzentren, impfende Ärzt:innen, Politiker:innen oder Lehrer:innen, die die Schutzmaßnahmen umsetzen, Verkäufer:innen o.a, die zum Masketragen auffordern, sowie gegen die Polizei und politische Gegner:innen und Gegendemonstrant:innen. Die Bewertung, Eingrenzung und Beschreibung dieser Gewalt ist nicht leicht. Die Diskussionsprozesse darüber sind sowohl gesamtgesellschaftlich als auch in der Opferperspektive bisher nicht abgeschlossen. Von Seiten der Polizei wird diese Gewalt als PMK-sonstige eingestuft. Als Resultat der Schwierigkeit, diese Taten politisch einzuordnen, fand eine verlässliche Erfassung derartiger Angriffe weder durch die Polizei noch durch zivilgesellschaftliche Organisationen statt. Die hier vorgenommene Auswertung stellt insofern eher einen Zwischenstand im Bemühen dar, diese neue Form politischer Gewalt zu verstehen, als dass sie einen validen, quantitativen Überblick über deren Häufigkeit im Land Brandenburg geben kann.

Die Gewalttaten, die durch eine politische Ablehnung der Infektionsschutzmaßnahmen motiviert sind, werden vor dem Hintergrund einer großen Bewegung begangen. Diese Bewegung schaffte es in einer Vielzahl Brandenburger Kommunen, Menschen über Monate hinweg zu Protesten zu mobilisieren. Bei Betrachtung dieser Bewegung im Land Brandenburg ist festzustellen, dass diese auf den ersten Blick nicht als subkulturell-neonazistisch geprägt erscheint. Die Masse der Teilnehmenden erscheint als „normale Bürger:innen“, von denen viele betonen, sich zum ersten Mal in ihrem Leben politisch zu betätigen. Auch finden sich kulturell links geprägte Menschen unter den Teilnehmenden.

Diese Heterogenität der Bewegung relativiert sich jedoch deutlich, wenn man sie strukturell und inhaltlich betrachtet. Strukturell ist sie an vielen Orten Brandenburgs von Rechtsradikalen abhängig – in Wittstock und in Wittenberge wurde sie zeitweilig sogar durch die rechtsradikale Kleinpartei „Der III. Weg“ dominiert. Besonders augenfällig ist die strukturelle Abhängigkeit beim Blick auf die Situation in Cottbus, einem der Zentren dieser Bewegung. Hier wurden sog. „Spaziergänge“ von organisierten Rechten mit Transparenten und Bengalischen Feuern angeführt. Teilweise schlossen sich mehrere Tausende Menschen diesen rechten Aufmärschen an. Den Höhepunkt erreichten sie am 18. Dezember 2021, als 4.000 Menschen in der Cottbuser Innenstadt demonstrierten, unter ihnen zahlreiche bekannte Rechte. Hierbei kam es aus dem Aufzugsgeschehen heraus zu **2** rechten Angriffen. Einer davon richtete sich gegen

einen RBB-Journalisten, der sich wahrscheinlich nur aufgrund des Einsatzes privater Sicherheitsleute vor einem massiveren körperlichen Angriff retten konnte. Das Gewaltpotential und die Bedrohung aus diesen Aufmärschen heraus führten dazu, dass es zivilgesellschaftliche, demokratische Kräfte in der Stadt teilweise nicht mehr wagten, diese rechten Aufmärsche zu beobachten oder eigene Versammlungen gegen rechts abzuhalten, da sie befürchteten, selbst Ziel rechter Angriffe zu werden.

Oberflächliche Abgrenzungen und Distanzierungen von Rechtsradikalen gibt es nur von einzelnen Akteur:innen der Bewegung und vorzugsweise dort, wo diese mit stärkeren Gegenprotesten konfrontiert sind. Wissenschaftliche Beobachter:innen beschreiben die Bewegung als eine mit rebellischem Gestus auftretende, antimoderne und irrationale Bewegung, die zur Gemeinschaftsbildung auf ein Freund-Feind-Schema zurückgreift.² In ihr spielt nicht nur Antisemitismus eine relevante Rolle, sondern auch Verschwörungserzählungen, demokratiefeindliche Einstellungen sowie sozialdarwinistisches Denken. Damit ist diese Bewegung als rechte Bewegung einzustufen und von ihr ausgehende Gewalt ist nach Ansicht der Opferperspektive rechte Gewalt.

Die Opferperspektive wertet Taten als rechte Gewalt, die mit Bezug auf die Infektionsschutzmaßnahmen begangen werden und bei denen sich aus der Tat heraus und/oder durch die Täter:innen ein Bezug auf die Bewegung gegen diese Maßnahmen ablesen lässt. Fälle, in denen ein solcher Bezug vermutet, aber nicht belegt werden kann, werden derzeit von der Opferperspektive nicht gewertet. Beispielhaft steht hierfür der Angriff auf einen Tankstellenmitarbeiter der Autobahnraststätte Biegener Hellen am 29. Dezember 2021:

Ein Tankstellenmitarbeiter weist einen Kunden auf die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung hin. Daraufhin beleidigt der Kunde sein Gegenüber und schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht. Anschließend tritt er noch gegen den Brustkorb des Mitarbeiters. Der 44-jährige Betroffene geht zu Boden und erleidet Verletzungen im Gesicht- und Brustbereich.

Rechtes Tötungsdelikt in Senzig – Antisemitismus als Teil des Motivbündels

Am 4. Dezember fand die Polizei nach einem Hinweis von Nachbar:innen in einem Einfamilienhaus in Senzig, einem Ortsteil von Königs Wusterhausen, fünf Tote. Es stellte sich heraus, dass dort ein Mann mit einer Schusswaffe seine Frau sowie die drei Töchter erschossen und sich anschließend selbst getötet hatte. Laut Polizei hatte sich der Täter in Kreisen von Coronaleugnenden be-

² Oliver Nachtwey, Robert Schäfer und Nadine Frei: „Politische Soziologie der Corona-Proteste“.

wegt und seiner Frau einen gefälschten Impfnachweis besorgt. Als der Arbeitgeber die Fälschung bemerkte, stieg die Angst vor juristischen Konsequenzen. Dies soll nach Informationen der zuständigen Staatsanwaltschaft Cottbus Auslöser der Tat gewesen sein. Nach Auswertung eines aufgefundenen Abschiedsbriefes sowie mehrerer Datenträger stufte die Polizei die Tat als politisch rechts motiviert ein, weil der Täter darin die antisemitischen Verschwörungserzählung wiedergab, „dass der Staat mit der Impfkampagne einen bösen Plan verfolge und die Weltbevölkerung um die Hälfte reduzieren und eine neue Weltordnung unter jüdischer Führung gründen“ wolle. Zudem habe sich der Täter in dem Brief auch rassistisch geäußert.

Die Opferperspektive e.V. schließt sich dieser Bewertung an. Es ist davon auszugehen, dass der Täter massive psychische Probleme hatte. Auch deutet der Mord an Frau und Töchtern auf ein zutiefst problematisches Männlichkeitsbild hin. Das spricht jedoch nicht gegen eine Einstufung der Tat als politisch motiviert. Im Gegenteil: Ein derartiges Motivbündel ist eher typisch für in letzter Zeit begangene rechte Morde mit einer Vielzahl an Opfern. Auch die Täter der Anschläge von München 2016 und Hanau 2020 hatten psychische Probleme. Solange diese nicht ein Maß erreichen, in dem sie schuldausschließend wirken, sind die Täter in der Lage, ihr Handeln zu steuern und sich dafür zu entscheiden, ihre rassistischen oder antisemitischen Vorstellungen gewaltsam in die Tat umzusetzen. Somit sind sie mithin für ihr Handeln auch verantwortlich. Die antisemitische und rassistische Vorstellung eines Planes zur Ausrottung der Hälfte der Weltbevölkerung und der Etablierung einer Weltordnung unter jüdischer Führung ähnelt dem Motiv des Attentäters von Halle 2019.

Aus Sicht der Opferperspektive stellt es ein schweres Versäumnis der Brandenburger Landesregierung dar, sich zum rechten Tötungsdelikt mit den meisten Todesopfern in der Geschichte des Bundeslandes bisher nicht verhalten zu haben.

Versuche der Reorganisation der Brandenburger Neonaziszene

Neben der Mobilisierung gegen die Infektionsschutzmaßnahmen waren 2021 auch Versuche der Reorganisation klassisch neonazistischer Gruppierungen im Land Brandenburg zu beobachten. Konkret versuchten die NPD und der III. Weg ihre Organisationen in Brandenburg auszubauen. Bemerkenswert dabei war, dass beide Parteien versuchten, durch ein vigilantistisches Auftreten Anhänger zu gewinnen. Als Vigilantismus wird der Aufbau von Strukturen beschrieben, die außerhalb des staatlichen Gewaltmonopols Ordnung herstellen und Normverstöße ahnden sollen. Im angemäßen Anspruch, direkt und ohne

die Schranken einer rechtsstaatlichen Justiz „Gerechtigkeit herzustellen“, agieren die entsprechenden Akteur:innen notwendigerweise gewaltsam. Eine klassische Form des Vigilantismus ist das Aufstellen von Bürgerwehren oder Milizen. Diesen Weg versucht v.a. der III. Weg zu gehen. So patrouillierten seine Mitglieder durch Kyritz und versuchten als Ordnungsmacht gegen „von Ausländern begangene Gewaltstraftaten“ aufzutreten. Vor allem aber versuchte die Partei, die Diskussion über Geflüchtete, die über Belarus und Polen nach Deutschland kamen, zu instrumentalisieren und mobilisierte im September nach Guben, um dort an der Grenze – ähnlich rechtsradikaler Milizen in verschiedenen osteuropäischen Ländern – Jagd auf Geflüchtete zu machen. Das Vorhaben wurde von der Polizei unterbunden. Auch wenn im Zuge dieser Aktivitäten bisher noch keine Gewaltstraftaten registriert wurden, bergen sie doch das Potential für solche.

Dies wird etwa deutlich am Agieren der NPD in Frankfurt (Oder). 2021 bemühten sich NPD-Mitglieder um die Wiederbelebung des dortigen Ortsverbandes. Dabei instrumentalisieren sie den Fall eines zu einer Bewährungsstrafe verurteilten Pädophilen, der zu der Zeit in der Stadt lebte. Es kam zu zwei Demonstrationen gegen den Mann, bei denen dazu aufgerufen wurde, ihn aus der Stadt zu vertreiben. Eine dieser Versammlungen richtete sich ausdrücklich gegen „Kinderschänder und Linksextremisten“. In Folge dieser Demonstrationen kam es zu ernsthaften Bedrohungen gegen den Mann, der schließlich tatsächlich die Stadt verließ. Dass die durch derartige Mobilisierungen geweckte Gewaltbereitschaft alle Menschen gefährdet, die in die Feindbildkategorien militanter Rechtsradikaler fallen, wurde deutlich, als nach einer der Demonstrationen Rechtsradikale Gegendemonstrant:innen und den Chef eines Cafés bedrohten.

Regionale Verteilung

Die regionale Verteilung rechter Angriffe im Jahr 2021 hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschoben. So liegen die Landkreise mit den meisten registrierten rechten Angriffen 2021 in Südbrandenburg, während es im Vorjahr die Nordbrandenburger Landkreise waren. Wie schon in den Jahren zuvor hatten die größten Städte Potsdam mit **18** (2020: 15) und Cottbus mit **16** Angriffen (2020: 13) jeweils die meisten Angriffe zu verzeichnen. Die Landkreise mit einem starken Zuwachs rechter Gewalttaten waren Dahme-Spreewald mit **16** (2020: 5) und Teltow-Fläming mit **11** Angriffen (2020: 6).

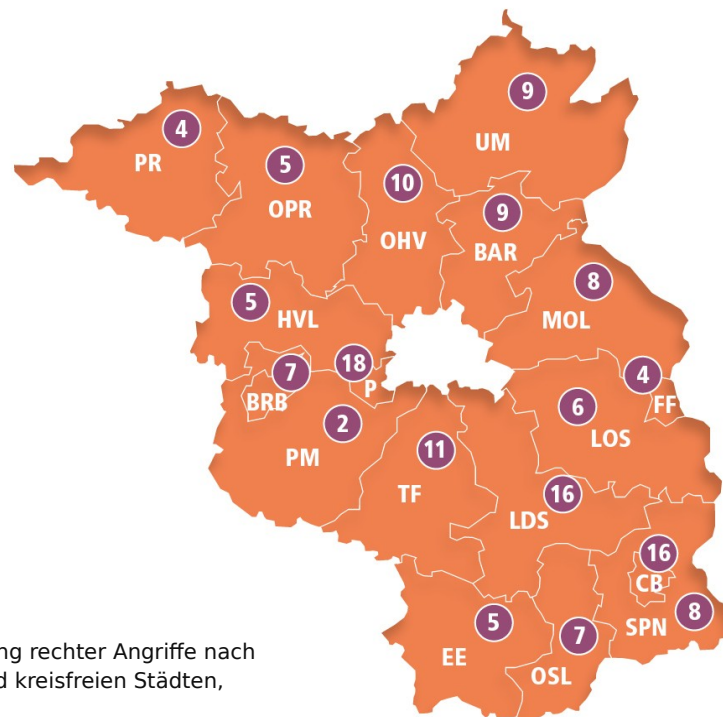


Abb. 7: Verteilung rechter Angriffe nach Landkreisen und kreisfreien Städten, 2021.

Potsdam

In Potsdam sind die Angriffszahlen mit **18** Angriffen (2020: 15) im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent angestiegen. Rassismus bleibt mit einem Anteil von **61 Prozent** weiterhin das häufigste Tatmotiv. Zum größten Teil fanden die Angriffe an Orten des alltäglichen Lebens statt: im Wohnumfeld, im Nahverkehr, in Bildungsstätten sowie in und außerhalb von Supermärkten.

Angestiegen sind auch die Angriffe auf politische Gegner:innen. Waren der Opferperspektive 2020 noch keine Fälle in dieser Kategorie bekannt geworden, sind es 2021 bereits **4**. In allen Fällen ist von Rechtsradikalen als Täter:innen auszugehen.

Ein Neonazi beschimpft in einem Supermarkt einen Mann zunächst als „Punkerschwein“ und greift ihn dann unvermittelt mit einem Nothammer an, mit dessen Griff er den Betroffenen im Nacken trifft. Auf dem rechten Unterarm hat der Täter eine Schwarze Sonne tätowiert.

Gestiegene Angriffszahlen u.a. in Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz

Mit **11** registrierten rechten Angriffen beobachtet die Opferperspektive in **Teltow-Fläming** einen starken Anstieg der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr (2020: 6) und ein ähnliches hohes Niveau wie in den Jahren 2016 (11) und 2017 (14). Während sich **1** der Taten gegen politische Gegner:innen richtete, waren die restlichen **10** rassistisch motiviert. Ein Schwerpunkt der Angriffe war die Stadt **Luckenwalde** mit **5** Vorfällen. Zudem gab es im Landkreis eine auffällige Häufung rechter Angriffe, die durch Gruppen gegen Einzelpersonen oder gegen mehrere Betroffene begangen wurden. So eignete sich in der Neujahrsnacht ein rassistisch motivierter Angriff im Nuthepark:

Eine Gruppe wirft eine Flasche auf einen 23-jährigen Mann mit Fluchtbiografie. Der Betroffene erleidet hierdurch schwere Kopfverletzungen, die im Anschluss im Krankenhaus behandelt werden müssen.

2 weitere Angriffe, die nach ähnlichem Muster verliefen, mussten in **Zossen** verzeichnet werden.

Im Landkreis **Dahme-Spreewald** gab es im Berichtszeitraum ebenfalls einen starken Anstieg rechter Gewaltdelikte auf **16** (2020: 5). Neben rassistisch motivierten Taten (**5**) ist der Anstieg auf eine Zunahme von Angriffen gegen politische Gegner:innen (**9**) zurückzuführen. Diese verteilen sich über den Landkreis und auf mehrere Orte.

Ein ebenfalls sprunghafter Anstieg der Angriffszahlen konnte für den Landkreis **Oberspreewald-Lausitz** verzeichnet werden. Hier sind der Opferperspektive **7** Angriffe bekannt geworden, während es im Jahr zuvor keine solche Meldung gegeben hat. Die Mehrzahl dieser Angriffe steht im Zusammenhang mit der im Landkreis erstarkten rechten Querdenkenden- bzw. Coronaleugnendenbewegung, die sich u.a. in Form von Aufmärschen in **Senftenberg** formierte, bei denen es zu Übergriffen gegen politische Gegner:innen kam.

Starker Rückgang in Nordbrandenburg

Ein bemerkenswerter Rückgang registrierter Angriffe war in diesem Jahr in der **Uckermark** zu beobachten. Gab es 2020 insgesamt 18 Angriffe, so sank die Zahl 2021 um die Hälfte auf **9**. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf einen Rückgang der Angriffe in der Stadt **Prenzlau** (2021: 5), die jahrelang ein Schwerpunktort rechter Gewalt war (2020: 12). Möglicherweise haben die er-

neuten Lockdowns und Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der Corona-Pandemie weniger Gelegenheiten für Angriffe geboten; eventuell wurden weniger Taten angezeigt. Eindeutig lässt sich der starke Rückgang jedoch nicht erklären.

Auch in **Ostprignitz-Ruppin** sank die Zahl der Angriffe auf **5**, während sie im Vorjahr noch bei 11 lag. In Ostprignitz-Ruppin widmeten sich organisierte rechte Strukturen wie etwa der III. Weg im vergangenen Jahr verstärkt dem Widerstand gegen die geltenden Infektionsschutzmaßnahmen. Sie konnten zu Protesten mit teils beachtlicher Größe mobilisieren. Diese thematische Verschiebung könnte ein Erklärungsansatz für den Rückgang der Angriffe aus rassistischen Motiven sein.

Betroffene von Rassismus weiterhin im Visier von Rechten in Cottbus und Umgebung

Mit **16** Angriffen stieg die Zahl rechter Angriffe im Stadtgebiet **Cottbus** im Jahr 2021 wieder leicht an (2020: 13). Dabei war die Mehrzahl der Delikte rassistisch motiviert (**9**), LGBTIQ*-feindlich (**2**) bzw. waren Journalist:innen, politische Gegner:innen, Alternative oder politische Mandatsträger:innen betroffen (jeweils **1**). Erfreulicherweise erreicht die Dimension der von der Beratungsstelle erfassten rassistisch motivierten Angriffe in der Stadt nicht die erschreckende Dimension der Jahre 2015-2018 (damals gab es bis zu 40 rechte Angriffe pro Jahr). Dennoch ist von einem verfestigtem, anhaltendem Problem auszugehen. Betroffene berichten zudem von massiven Beeinträchtigungen durch Alltagsrassismus in der Stadt.³

Ein großes Problem stellen auch im Jahr 2021 rechte Gewalttaten im nachbarschaftlichen Kontext dar. Negativ hervorstechend ist dabei ein Angriff in Cottbus-Sandow am 15. Februar 2021 auf eine Familie, die zuvor monatelang rassistisch durch ihren Nachbarn beleidigt und bedrängt wurde:

Die Familie hört plötzlich eine heftige Detonation auf ihrem Balkon und sieht, dass dort ein Feuer ausbricht. Die Betroffenen vermuten, dass der Nachbar einen Brandsatz auf den Balkon geworfen hat, der dort explodiert. Der Familie gelingt es, sich in Sicherheit zu bringen und das Feuer zu löschen. Eine Betroffene war zum Tatzeitpunkt schwanger und erlitt aufgrund des Stresses durch den Angriff Schwangerschaftskomplikationen.

³ Vgl. die Broschüre der Opferperspektive „Wie ein Fisch im Aquarium“, www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de/wp-content/uploads/2021/10/opp_aquarium_2021.pdf

Die Cottbuser kommunale Wohnungsbaugenossenschaft GWC war in diesem Tatkomplex – und in einem weiteren ebenfalls in Cottbus-Sandow – als Vermieterin wenig aufgeschlossen, Maßnahmen gegen die Verursacher:innen der Angriffe im Wohnumfeld einzuleiten oder sich der Sache überhaupt anzunehmen.

Im benachbarten **Spree-Neiße** Kreis blieb die Zahl der registrierten Angriffe mit **8** minimal ansteigend zum Vorjahr (2020: 7), davon war die Mehrzahl rassistisch motiviert (**5**). Vor allem in der Stadt **Guben** beklagen Betroffene die starke gesellschaftliche Isolation. Begegnungen mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft werden aufgrund von Rassismuserfahrungen fast ausschließlich negativ wahrgenommen, sei es im Alltag oder bei Behördengängen. In **Forst/Lausitz** wurde am 16. Juni 2021 ein Geflüchteter aus rassistischen Motiven angegriffen:

Ein Mann mit Fluchtbiografie ist mit dem Fahrrad unterwegs, als ihn ein Auto absichtlich anfährt. Infolge dessen geht er zu Boden und erleidet Knochenbrüche am Arm. Der Betroffene geht davon aus, dass er angefahren wurde, weil der Autofahrer ihn als nicht-weiß erkannte. Zudem entfernte sich der Angreifer mit seinem Auto vom Tatort, ohne sich um den am Boden liegenden Verletzten zu kümmern.

Die eklatanten Mängel bei der Verfolgung von Gewaltstraftaten im Gerichtsbezirk Cottbus bestehen seit Jahren unverändert fort. Selbst schwere rechte Gewaltdelikte, bei denen Betroffene bleibende körperliche und/oder psychische Verletzungen erleiden, werden seit Jahren an Cottbuser Gerichten nicht angeklagt oder nur mit jahrelanger Verzögerung. So soll erst im September 2022 das Verfahren erstinstanzlich eröffnet werden, bei dem sich die Beschuldigten des sog. „Silvesterangriffs“ in Cottbus-Sachsendorf vom 1. Januar 2018 vor Gericht verantworten müssen. Damals griffen sieben Rechte drei afghanische Geflüchtete kurz nach Neujahr in Cottbus-Sachsendorf massiv körperlich an, verfolgten diese in ihre Unterkunft und setzten dort ihren Angriff fort. Teile des Angriffs wurden damals von einer Überwachungskamera gefilmt. Mit Hilfe einer Öffentlichkeitsfahndung konnten Tatverdächtige ermittelt werden, die sich nun knapp fünf Jahre nach Tatbegehung zum ersten Mal vor dem Landgericht verantworten müssen. Die Situation der fehlenden Strafverfolgung im Gerichtsbezirk Cottbus kann als *de-facto* Straffreiheit für rechte Gewalttäter bezeichnet werden. Der Staat lässt hier Betroffene rechter Gewalt seit Jahren allein.

Digitale Gewalt als rechte Gewalt

Nicht zuletzt durch den Aufbau einer Onlineberatung und der Ausweitung des Beratungsangebotes auf den Bereich digitale Gewalt registrierte die Opferperspektive in 2021 vermehrt Diffamierungen, Beleidigungen und Bedrohungen im digitalen Bereich. Die Folgen solcher Taten sind für die Betroffenen vergleichbar mit analogen Straftaten, sie gehen häufig mit Verunsicherung und Angstzuständen einher. Zudem wird die für rechte Taten charakteristische Signalwirkung verstärkt, da sich Mitlesende beispielsweise öffentlicher Kommentare in sozialen Medien ebenfalls angesprochen und verunsichert fühlen. Schon seit längerer Zeit richten sich derartige Angriffe auch in Brandenburg vor allem gegen Lokalpolitiker:innen. Betroffene werden auf ihren eigenen Social-Media-Kanälen angefeindet, beleidigt und bedroht, ihre Privatadressen in Beiträgen veröffentlicht.

Im Falle eines Lokalpolitikers, der sich Unterstützung suchend an die Opferperspektive wandte, wird die digitale Bedrohung auch außerhalb des Netzes realisiert und die ortsbekannte Person im nahen Wohnumfeld angefeindet.

Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie hat sich das Feld der digitalen Gewalt erweitert. In unzähligen lokalen und überregionalen Chat-Gruppen der Maßnahmengegner:innen werden deren Befürworter:innen namentlich geoutet, diffamiert und bedroht. Häufig ist hier zu beobachten, dass die Angreifenden in ihren Beiträgen die Grenze der Strafbarkeit nicht überschreiten, jedoch den Spielraum des Sagbaren so weit ausreizen, dass sich Betroffene maximal verunsichert fühlen. In mehreren Fällen musste die Opferperspektive Ratsuchende daher nicht nur beim Anzeigen von Volksverhetzungen und Beleidigungen unterstützen, sondern auch dahingehend beraten, wie sie sich weiterhin in ihrem demokratischen Engagement sicher und unterstützt fühlen können.

Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Statistik rechter Gewalt 2021 in Brandenburg

Impressum:

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam

+49 (0) 331 8170000 | info@opferperspektive.de | www.opferperspektive.de

Grafiken: Peer Neumann